



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Deutsche Geschichte

Class, Heinrich

Leipzig [u.a.], 1921

Der neue Kurs

[urn:nbn:de:hbz:466:1-83815](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-83815)

lande, wo er des unseligen Manteuffel Nachfolger war, Festigkeit vermissen lassen und war ohne größeren Erfolg geblieben; von da wurde er an die leitende Stelle nach Berlin berufen. Wie er seine Amtsführung einschätzte, ergibt sich aus seinem Worte: „man wird mir ein Denkmal setzen für das, was ich verhindert habe“. Auch hier ein Verkennen der wesentlichen Aufgabe des Reichskanzlers. Und dabei: wie viel hat er nicht verhindern können!

Unter Hohenlohes schlaffer Geschäftsführung konnte die Einbuße, die das Kanzleramt durch Caprivi erlitten, nicht wieder wettgemacht werden; am 18. Oktober 1900 verließ er seine Stelle, in die der Bevorzugte des Kaisers, der bisherige Staatssekretär Bernhard von Bülow berufen wurde.

Eines gelang dem im besten Mannesalter Stehenden schnell: sich eine persönliche Stellung, persönliches Ansehen zu verschaffen, sowohl dem Kaiser gegenüber, wie bei der Volksvertretung. Ein Mann von nicht tiefer, aber zur Verwendung bereiter Bildung, welterfahren und klug, sicher und gewandt, eigensüchtig und kalt — ein Redner von Vollendung — zweifellos dem Kaiser und seiner Umgebung, den Bundesfürsten und ihren Beratern der Mehrzahl der hohen Beamten geistig ebenso sehr überlegen, wie den Volksvertretern. Dies geistige Übergewicht konnte aber nicht nutzbar gemacht werden zu dauernder Wirkung im Dienste des Reiches und für das Reich, weil es dem Kanzler an Erkenntnis und Zielen fehlte. Er wagte kein Wort ernststen Widerspruchs gegen den Kaiser, sondern spielerisch wohlredend suchte er ihn von Gefährlichem abzubringen; aus demselben Grunde verstand er sich dazu, schädliche Handlungen, die er nicht verhindern konnte, harmlos umzudeuten und einzurenken.

Ein bedeutendes diplomatisches Talent — kein Staatsmann im Dienste des Volkes; ein Mann von Geist — aber ohne tieferes Verantwortlichkeitsgefühl; — ein Meister im ministeriellen und parlamentarischen Ränkespiel — kein Meister der großen Fragen der Zeit; alles in allem, kein berufener Vertrauensmann eines großen Volkes. —

Am 14. Juli 1909 schied er aus dem Amte und hinterließ seinem Nachfolger eine schlimme Erbschaft.

Der neue Kurs.

Wir haben den Personen, die das Reich lenken sollten, mehr Raum geschenkt, als die Anlage dieses Buches an sich erlaubt, weil ihr Tun und Unterlassen von schicksalsschwerer Bedeutung ist und weil das Geschick des gesamten deutschen Volkes abhängt von dem des Reiches.

Nun wollen wir in gedrängter Kürze feststellen, welche Erfolge die neuen Männer zu verzeichnen haben. Jede politische Arbeit verlangt Ruhe, Stetigkeit, Zielbewußtsein und Sachkenntnis — das ist so selbstverständlich, daß es auszusprechen unnötig scheint. Die auswärtige Politik

hat aber diese Eigenschaften erst recht zur Voraussetzung. Der neue Kurs trieb seine Politik ohne sie und erreichte in kurzer Zeit, daß das Reich aus seiner entscheidenden Machtstellung verdrängt wurde, obwohl seine Machtmittel zugenommen hatten.

Caprivi erneuerte den Rückversicherungsvertrag mit Rußland nicht und trieb es dadurch und durch seine polenfreundliche Politik in die Arme Frankreichs, das auf diese Weise aus der Vereinsamung erlöst wurde: es entstand der Zweibund, der das Reich von Westen und Osten umklammern konnte.

Als in Südafrika der Engländer Jameson anfangs Januar 1896 einen verbrecherischen Einfall in das Gebiet der Transvaalrepublik wagte, zog der Kaiser durch eine Drahtung an deren Präsidenten Krüger den Haß der Engländer auf sich und das Reich. Die Stimmung der Engländer war schon längst gegen alles Deutsche höchst unfreundlich, weil der geschäftliche Wettbewerb und der in Aussicht stehende Bau der deutschen Flotte ihnen als wirtschaftliche und politische Gefahr erschien; nun brach wegen dieser Kundgebung ein förmlicher Sturm der Wut gegen die Person des Kaisers los. Dieser wurde davon überrascht und begann alsbald einzulenken, indem er den Wunsch zu erkennen gab, England wieder zu versöhnen. Seit jener Zeit — der zweiten Hälfte der neunziger Jahre — sind die Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und England nicht mehr zur Ruhe gekommen; sie beherrschen unsere gesamte äußere Politik. Alles Entgegenkommen des Kaisers, alle Nachgiebigkeit der Regierung, alle Versöhnungsversuche amtlicher und nichtamtlicher Kreise waren vergebens: die Engländer sahen in uns ihren eigentlichen Feind. Sie verstanden es meisterhaft, die Fehler der deutschen Politik auszunutzen, und fanden in König Eduard VII. einen kaltblütigen, geschäftsflugen und verschlagenen Lenker ihrer auswärtigen Politik; er war der Urheber einer bundesähnlichen Freundschaft zwischen England und Frankreich, und er brachte dies fertig, obwohl die englische Politik Frankreich noch im Jahre 1898 in seinen kolonialen Bestrebungen am Nil gedemütigt hatte. Die gemeinsame Gegnerschaft wider das Deutsche Reich führte diese beiden alten Feinde zusammen. Des weiteren gelang es den englischen Staatsmännern, sich mit Rußland über die asiatischen Gegensätze gütlich zu einigen, nachdem sie Japan auf das Zarenreich geheßt und ihm durch diese junge emporstrebende Macht eine schwere Niederlage hatten bereiten lassen (1904—1905). Des weiteren schlossen sie trotz der Rassengegensätze ein Bündnis mit Japan, das gegebenenfalls ebenso gegen Frankreich oder die Vereinigten Staaten von Nordamerika, wie gegen Rußland verwendet werden kann.

England wurde zum Herrn der Weltlage, konnte es werden durch die Fehler der deutschen Politik — konnte es werden trotz der ständig wachsenden Schwierigkeit seiner eigenen Lage und ohne daß seine Lenker große Staatsmänner gewesen wären; das

politische Mittelmaß seiner Diplomaten genügte, um die ziellose und schwankende Politik des Reiches schachmatt zu setzen.

Als die gänzlich verfehlte deutsche Marokko-Politik Anfang 1906 zur sog. Konferenz von Algieras führte, stand das Reich allein, verlassen von seinem Bundesgenossen Italien, nur lau unterstützt von Österreich. Seit dem Beginne dieses Jahrhunderts war es klar geworden, daß Frankreich darauf hinarbeite, Marokko zu gewinnen; es hatte dahingehende Abmachungen mit den Mittelmeermächten England, Italien und Spanien getroffen, bei denen vorausgesetzt wurde, daß dies reiche und entwicklungsfähige Land infolge der Mißwirtschaft seiner Herrscher und wegen der fortgesetzten Unruhen als selbständiger Staat nicht weiterhin bestehen könne. Obwohl bedeutende deutsche wirtschaftliche Anlagen in Marokko vorhanden waren und erwartet werden konnte, daß sie sich mit größtem Nutzen ausbauen lassen würden, und obwohl deutsche Gelehrte hervorragend an der Durchforschung des Gebietes beteiligt waren, kümmerte die deutsche Regierung sich nicht um die politische Zukunft des Landes. Im April 1904 wurde das englisch-französische Abkommen bekannt, durch das England gegen Anerkennung seiner Herrschaft in Ägypten den Franzosen freie Hand in Marokko gewährte; die öffentliche Meinung im Deutschen Reich verlangte von der Regierung, daß sie eingreife und für unser Vaterland einen Teil von Marokko gewinne. Der Reichstanzler wandte sich dagegen und erklärte, wir hätten in Marokko „keine politischen, sondern nur wirtschaftliche Interessen“. Nicht ganz ein Jahr später, am 31. März 1905 betrat Kaiser Wilhelm den marokkanischen Boden und erklärte in Tanger vor den Abgesandten des Scherifen, daß er diesen als unabhängigen Herrscher besuche in der Hoffnung, unter ihm werde ein freies Marokko dem friedlichen Wettbewerb aller Völker offenstehen. Es war klar, die deutsche Politik hatte ihre Haltung in der marokkanischen Frage geändert; dies war schon vorher aus dem Auftreten des deutschen Gesandten in Fez hervorgegangen und wurde jetzt durch den Kaiserbesuch in Tanger unterstrichen. Das Deutsche Reich erkannte die englisch-französischen Abmachungen über Marokko, von denen es amtlich nicht verständig worden war, nicht an und behandelte das Reich des Scherifen als selbständigen unabhängigen Staat. Welches aber war das Ziel dieser deutschen Politik? Sie erklärte ausdrücklich, keinerlei Landerwerb anzustreben, sondern beschränkte sich auf die Forderung „der offenen Tür“ d. h. des gleichen Rechtes deutscher Kaufleute, Unternehmer und Banken mit denjenigen französischer Staatsangehörigkeit. Eine Folge der veränderten deutschen Haltung war, daß der Scherif den französischen Bestrebungen Widerstand leistete, wofür man in Frankreich die deutsche Regierung verantwortlich machte; eine andere wichtigere, daß zwischen beiden Mächten eine durch Monate dauernde Spannung entstand, die

die Gefahr eines Krieges sehr nahe rückte. Obwohl die deutsche Regierung zunächst erklärt hatte, daß sie wegen Marokkos mit Frankreich gar nichts zu tun habe, sondern allein mit dem unabhängigen Scherifen verhandeln werde, trat sie im Laufe des Frühjahr und Sommers 1905 in Unterhandlungen mit Frankreich ein und verlangte die Berufung einer „Konferenz“, die über die Ordnung der marokkanischen Verhältnisse befinden sollte. Frankreich weigerte sich zunächst, darauf einzugehen, und schien im Vertrauen auf die bestimmt zugesagte englische Hilfe es auf einen Krieg ankommen lassen zu wollen. Schließlich gab der Ministerrat nach und ließ den kampfbereiten Minister des Äußern Delcassé fallen; man gestand zu, daß eine „Konferenz“ berufen werden sollte. Diese trat Mitte Januar 1906 in Algier an der Südküste Spaniens zusammen und tagte bis Ende März. Ihr Ergebnis war für das Deutsche Reich, das, wie erwähnt, ganz vereinsamt war, sehr kümmerlich; es erreichte nichts als die Anerkennung der „offenen Tür“, der Selbstherrlichkeit des Scherifen und der Unversehrtheit seines Gebietes; die verabredeten Maßregeln für die Ordnung der inneren Verhältnisse des Landes machten es deutlich, daß Frankreichs Ansprüche auf eine politische Vorzugsstellung anerkannt wurden. Um dies wenige zu erreichen, hatte der Reichskanzler, der nach Delcassés Sturz zum Fürsten ernannt worden war, unser Volk unmittelbar vor einen Krieg mit Frankreich geführt. Und dies alles, obgleich Frankreich sowohl im Jahre 1903, wie 1905, zu unmittelbaren Verhandlungen mit dem Deutschen Reiche bereit gewesen war, bei denen es die Abtretung eines Teiles von Marokko an uns ins Auge gefaßt hatte. Solcher Landerwerb war von völkischen Politikern im Reiche gerade in Marokko gefordert worden, weil dies Land in seinem westlichen Teile, der an den Atlantischen Ozean stößt, sehr erzeich und fruchtbar ist, sich für den Anbau von Baumwolle vorzüglich eignet und vor allem auch als Siedlungsgebiet für deutsche Massen-Besiedlung in Aussicht genommen werden konnte, falls eine stärkere Auswanderung der reichsdeutschen Bevölkerung aus irgend welchen Ursachen wieder einsetzen würde.

Die widerspruchsvolle und ziellose deutsche Marokko-Politik, die üble Rolle, die das Reich in Algier spielte, und der klägliche Ausgang der „Konferenz“, schädigte das deutsche Ansehen schwer und ermutigte Frankreich zur unverhüllten Verfolgung seiner Absicht, die Schutzherrschaft über Marokko aufzurichten. Die nächsten Jahre brachten eine Reihe französischer Maßnahmen, die gegen die Abmachungen der „Konferenz“, die sog. Algier-Akte, verstießen; die deutsche Regierung unternahm nichts dagegen, ja in einem neuen Vertrage vom 9. Februar 1909 erkannte sie die „besonderen Interessen“ Frankreichs in Marokko an und verzichtete damit recht eigentlich auf eine selbständige Politik an diesem wichtigen Teile des Erdballs. Sie tat noch mehr: als kühne und weitblickende deutsche Unter-

nehmer sich wichtige Rechte in Marokko gesichert hatten, die für die deutsche Volkswirtschaft sehr bedeutsam werden konnten, ließ sie diese Landsleute nicht nur im Stiche, sondern arbeitete ihnen geradezu entgegen.

* * *

Das unbefriedigende Ergebnis der deutschen Marokko-Politik und die allgemeine Erfolglosigkeit der deutschen Staatsleitung hatte dem Ansehen des Fürsten Bülow auf dem Gebiete, auf dem er Meister sein wollte, einen schweren Stoß versetzt. In der ersten Hälfte des Jahres 1908 hatte die „Einfreisungs-Politik“ König Eduards ihren Höhepunkt erreicht: England, Rußland und Frankreich waren zum „Dreiverband“ geeinigt und standen dem Deutschen Reiche geschlossen gegenüber; Italien hatte sich diesen Mächten sehr genähert und in Algeciras seine Unzuverlässigkeit bewiesen; Österreich blieb die letzte Hoffnung der Reichsleitung, war aber von seinen inneren Wirren ganz in Anspruch genommen. Der Tiefstand der politischen Geltung des Deutschen Reiches war da — verschuldet von der Willen- und Tatenlosigkeit der deutschen Staatsleitung.

Da erfolgte ein jäher Umschwung, der Fürst Bülow zu neuem Ansehen verhalf. Im Juli 1908 war es in der Türkei zu einer Staatsumwälzung gekommen, und es war dort eine Verfassung eingeführt worden. Infolge davon sah Österreich-Ungarn sich veranlaßt, die seit 1878 von ihm verwalteten, dem Namen nach noch türkischen Gebiete Bosnien und der Herzegowina endgültig dem Kaiserstaate einzuverleiben. In dem benachbarten Serbien brach nun ein Sturm der Entrüstung los; die Bevölkerung verlangte den Krieg gegen die Donau-Monarchie, und die serbische Regierung setzte das Heer auf Kriegsfuß. Es war klar, daß hinter Serbien die Mächte des Dreiverbandes standen, daß vor allem Rußland dem kleinen Staate seine Hilfe zugesichert haben mußte. Auch Österreich-Ungarn machte sich kriegsbereit, und Monate hindurch, bis Ende März 1909, konnte jeder Tag den offenen Kampf bringen; es stand zu erwarten, daß dieser sich nicht auf Serbien und Österreich-Ungarn beschränken werde, sondern daß die große allgemeine kriegerische Auseinandersetzung unter den sich gegenüberstehenden europäischen Mächtegruppen daraus entstehen werde. In dieser Lage faßte die deutsche Politik einen Entschluß; offen und unzweideutig und zu jeder Folge bereit stellte sie sich auf Österreichs Seite. In demselben Augenblick waren die Pläne des Dreiverbandes zerschanden geworden, das Netz der Einfreisung zerrissen: sowie England, Frankreich und vor allem Rußland das Deutsche Reich an der Seite der Donau-Monarchie erblickten und an den Ernst der deutschen Politik glaubten, schwenkten sie ein und veranlaßten Serbien zur Nachgiebigkeit.

Ohne Zweifel, die deutsche Politik hatte einen großen Erfolg errungen; unsere Gegner kannten die Macht des Reiches und waren sich

klar, daß ihre eigenen Rüstungen zu sicherer Niederkämpfung der beiden Mittelmächte noch nicht ausreichten; sie wichen daher jetzt dem Kriege aus. Mit einem Schlage war das deutsche Ansehen wieder hergestellt, und Fürst Bülow genoß den Ruhm, den europäischen Frieden erhalten zu haben. Es sei hier ausgesprochen, daß diese Politik durchaus gebilligt wird — nicht minder aber, daß eine andere bei der damaligen Lage des Reiches einfach unmöglich war.

* * *

Die deutsche Kolonialpolitik nach Bismarcks Entlassung begann damit, daß Caprivi das deutsche Schutzgebiet Witu und die deutschen Ansprüche auf Uganda und Sansibar gegen die kleine Insel Helgoland an England abtrat.

In den Kolonien bildete sich ein unerquidliches „Assessoren-Regiment“ aus, das schlimme sittliche Schäden aufwies. Die Eingeborenen wurden falsch behandelt; es kam wiederholt zu schweren Aufständen, die teures Blut und unendliches Geld kosteten. Dies war besonders in der langwierigen Eingeborenenenerhebung in Deutsch-Südwestafrika der Fall (1904—1906). Gerade diese wertvolle Kolonie wurde nicht zur rechten Zeit militärisch und wirtschaftlich erschlossen, weil man aus Scheu vor der ablehnenden Haltung des Reichstags am falschen Orte sparte — die Folge waren unverhältnismäßig große Opfer für die Niederwerfung des Aufstandes.

War es gelungen, tüchtige Männer draußen als Statthalter zu haben, so wurden sie nicht lange ertragen und mußten weichen, ehe sie Dauerndes leisten konnten. Eine Wendung zum Bessern trat erst ein, als Ende 1906 die Ablehnung einer kolonialen Forderung zur Auflösung des Reichstags führte; in dem nun folgenden Wahlkampfe stand die Kolonialpolitik im Vordergrund, und das Volk wurde endlich in umfassender Weise über die Bedeutung und den Wert unseres überseeischen Besitzes aufgeklärt. Seitdem war die koloniale Verwaltung nicht mehr das Stiefkind des Reiches; dies kam auch darin zum Ausdruck, daß ein Reichskolonialamt geschaffen wurde.

Der deutsche Kolonialbesitz wurde durch den Erwerb der Marianen, Karolinen und Palau-Inseln in der Südsee vermehrt, die das Reich von Spanien nach dessen unglücklichem Kriege mit den Vereinigten Staaten von Nordamerika im Jahre 1899 um den Preis von 15 Millionen Mark kaufte, und durch die Pachtung des Gebietes von Kiautschau, das China im Jahre 1897 nach seiner gegen Japan erlittenen Niederlage abtrat. Beide Erwerbungen hatten das Glück, sofort in gute Verwaltung zu kommen; besonders Kiautschau entwickelte sich in der Hand des Reichsmarineamts, dem das Pachtgebiet wegen seiner Bedeutung als Flottenstützpunkt unterstellt wurde, zu einer wahren Musterkolonie und gelangte rasch zu ungeahnter Blüte; hier hat die deutsche Verwaltung Außerordentliches geleistet.

An dieser Stelle muß auch der Feldzug in China Erwähnung finden, der durch die Ermordung des deutschen Gesandten von Ketteler (1900) verursacht war; er kostete uns schwere Opfer, brachte aber keinen dauernden Gewinn; dagegen bot er dem Heere und der Flotte Gelegenheit, sich zu bewähren.

* * *

Die innere Politik des neuen Kurses unterlag denselben Schwankungen, wie die äußere; auch sie entbehrte der Stetigkeit und des zielbewußten Willens und führte schließlich zu einer Minderung des Ansehens der Reichsgewalt.

Die Polenfrage wurde im schroffsten Gegensatze zu Bismarcks Auffassung durch Entgegenkommen zu lösen versucht, und ein polnischer Unversöhnlicher gelangte in der Person Stabilewskis auf den erzbischöflichen Stuhl von Posen-Gnesen; polnische Adelige fanden vertrauten Zutritt zum Kaiser. Und das Ergebnis: eine Steigerung der polnischen Anmaßungen, eine Neubelebung ihrer Hoffnungen, eine Verschärfung der Gegensätze zum Deutschtum. Dazu kam, daß die polnische Bewegung nach Oberschlesien übergriff und die dortigen Polen zur Auflehnung gegen den Staat brachte. Die Führer des auffälligen preußischen Polentums trieben ihre Politik im steten Einverständnis mit denen Galiziens und Russisch-Polens. Wenn der preußische Staat sich nicht aufgeben wollte, durfte er dem unbedacht geweckten Treiben nicht weiter die Zügel schießen lassen; es mußten strenge Maßregeln zur Eindämmung der polnischen Bestrebungen getroffen werden, die wiederum im schärfsten Gegensatze zu der kaiserlichen Politik der Versöhnung standen.

Kein Wunder, daß die polnische Feindschaft gegen den preußischen Staat und das Deutschtum dadurch nur vertieft wurde.

Als man Gegenmaßregeln ergriff, geschah es nur mit mangelnder Entschlossenheit, und nur auf wirtschaftlichem Gebiete; erst die unaufhaltsamen Fortschritte der polnischen Bewegung, besonders das fortgesetzte Anwachsen des polnischen Grundbesizes, zwangen die preußische Regierung unter dem Drucke einer von völkischen Vereinen beeinflussten öffentlichen Meinung anfangs 1908 dazu, durch Beschränkungen im Erwerb von Grund und Boden einen wichtigen Schritt in der Abwehr zu tun. Das so geschaffene Enteignungsgesetz blieb aber ganz wirkungslos, da man sich nicht entschloß, es den Polen gegenüber ernsthaft anzuwenden. Deshalb ist der polnische Anteil am Grundbesitze stetig gewachsen.

* * *

Versöhnung war auch das Schlagwort, das den Dänen in Nordschleswig zugerufen wurde; mit demselben Erfolg wie bei den Polen. Und als die Lage unhaltbar geworden war, mußte der Oberpräsident

von Köller mit doppelter Strenge Ordnung stiften; kaum war die Ruhe hergestellt, so wurde wieder Milde gezeigt, und man ließ das unversöhnliche Dänentum dem Staate Preußen und den Deutschen seine offene Feindschaft zeigen.

In Elsaß-Lothringen vermieden die Nachfolger des Feldmarschalls Manteuffel, die Fürsten Chlodwig von Hohenlohe-Schillingsfürst und Hermann von Hohenlohe-Langenburg als Statthalter zwar die Fehler ihres Vorgängers, aber es gelang ihnen doch nicht, die deutsche Sache recht vorwärts zu bringen. Kein Zweifel, die Bevölkerung wandte sich langsam, aber je länger je mehr, innerlich von Frankreich ab, wozu die günstige wirtschaftliche Lage des Landes, der mächtige Aufschwung und die Fortschritte auf den mannigfaltigsten Gebieten, die der Anschluß ans Reich gebracht hatte, das ihre beitrugen. Aber die Abkehr von den Franzosen bedeutete nicht das Aufgehen im Deutschtum; es entstand vielmehr unter dem Schlagwort „Elsaß-Lothringen den Elsaß-Lothringern“ eine Bewegung, die sich hochmütig ablehnend zeigte gegen die Altdeutschen, die sich besser dünkte als sie und den unhaltbaren Begriff eines besonderen elsäß-lothringischen Volkstums aufstellte. Es hätte die Regierung bedenklich machen müssen, daß trotz der Abkehr von Frankreich die Zahl der französisch Redenden zugenommen hatte — ein Beweis dafür, daß die Sprache als Mittel der äußeren Scheidung dem Reichs-Deutschtum gegenüber bewußt verwandt wurde. Aber die Regierung stützte sich trotz der schlimmen Erfahrungen des Feldmarschalls von Manteuffel weiterhin auf die sog. „Notabeln“, die kleine Oberschicht des Bürgertums, die durch Besitz und Stellung Einfluß hatte, die aber nach Erziehung und Gesinnung französisch, jedenfalls nicht deutschfreundlich war. Sie erwies diesen mindestens unzuverlässigen Leuten ihre Gunst und behandelte sie mit unverständlicher Nachsicht; dadurch stärkte sie deren Einfluß nach unten und verhalf einem an sich gefährlichen Gegner zu weiterer Macht.

Diese Verhältnisse beweisen, daß eine wirkliche Annäherung ans Reich sich nicht vollzogen hat, und es bleibt besonders bedauerlich, daß ein Mann, wie Matthias von Köller, der in Nordschleswig den dänischen Übermut zu bändigen verstand, im Reichslande als Staatssekretär völlig versagte: er ließ den Ansprüchen der Notabeln und der katholischen Geistlichkeit freien Spielraum.

Erfreulich war, daß sich aus dem alt-elsässischen Deutschtum selbst Widerstand gegen die Französelei und die Sonderbestrebungen erhob; tüchtige Männer aus diesen Kreisen haben den Kampf gegen die Verwelschung ihrer Heimat aufgenommen. Die Regierung zeigte aber kein Verständnis für die Lage — es wäre längst ihre Aufgabe gewesen, die Fühlung mit den sich ehrlich und offen zum Deutschtum bekennenden Kreisen der eingeseßenen Bevölkerung zu suchen und in Zusammenarbeit

mit ihnen die politische Form zu schaffen, in der das Land dem deutschen Volke innerlich wiedergewonnen und wirklich deutsch verwaltet werden konnte. Dies Notwendige und sehr wohl Mögliche geschah auch dann nicht, als diese reichsländischen Deutschbewußten von sich aus den Widerstand gegen die welschgesinnte Oberschicht aufnahmen — die nächste Entwicklung führte vielmehr zu einer weiteren Stärkung der verschiedenen im Reichslande vorhandenen reichs- und deutschfeindlichen Strömungen.

* * *

Die Absicht zu versöhnen, leitete auch die Politik in der Welfenfrage. Caprivi gab bald nach seinem Amtsantritte den „Welfenfonds“ frei; es ist gewiß, daß sich bei der Verwendung der Einkünfte dieses Vermögens manche Unzuträglichkeit gezeigt hat — aber trotzdem darf man die Frage aufwerfen, ob die bedingungslose Auslieferung dieses großen Gutes an das Welfenhaus im Vorteile des Reiches und Preußens lag.

Jedenfalls hat dieses Entgegenkommen die Haltung weder der Welfen, noch ihrer Anhänger irgendwie geändert; die welfische Partei, die den Erwerb Hannovers durch die Hohenzollern und die Zugehörigkeit des Landes zu Preußen nicht anerkannte, blieb bestehen und mit ihr die den Landesverrat predigende welfische Presse.

In Braunschweig erhielten die welfischen Bestrebungen durch den im Jahre 1906 erfolgten Tod des Verwesers Prinzen Albrecht neue Nahrung; wieder entstand die Frage, ob eine endgültige oder vorläufige Regelung durchgeführt werden solle — und wieder entschied sich der Landtag für letztere. Zum Regenten wurde ein Verwandter der Welfen Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg gewählt, dessen Tätigkeit von dem Bestreben geleitet war, einen Ausgleich zwischen den Hohenzollern und den Welfen herbeizuführen und dem welfischen Hause das Herzogtum Braunschweig zu sichern.

* * *

Die staatsmännische Tätigkeit des vierten Reichskanzlers ist, wie sich aus ihrer Schilderung ergibt, alles andere als ersprießlich gewesen; sie wurde geradezu reichsschädlich, als Fürst Bülow seinen kaiserlichen Herrn im Stiche ließ, da dieser in den schwersten Zwiespalt mit seinem Volke geriet, den seine Regierung aufzuweisen hat.

Ende Oktober des Jahres 1908 veröffentlichte eine englische Zeitung eine vom Kaiser genehmigte Darlegung, die seine persönlichen Beziehungen zu England und sein Verhalten den Buren gegenüber schilderte; dabei war auch die England ungünstige Haltung der öffentlichen Meinung im Deutschen Reich während des Burenkriegs erörtert und von dem Kaiser ungerecht und sachlich unrichtig beurteilt worden. Diese Veröffentlichung

erregte in der ganzen Welt ein ungeheures Aufsehen, im Deutschen Reiche aber brach ein Sturm des Unwillens los, der sich in der Presse und im deutschen Reichstage in schärfsten Ausdrücken entlud. Ein Doppeltes sprang in die Augen: wie unzulänglich die Kräfte des Auswärtigen Amtes sein mußten, dessen unerhörte Nachlässigkeit die Veröffentlichung der kaiserlichen Äußerung möglich gemacht hatte — dann aber das Schlimmere: wie weit der Kaiser sich von seinem Volke entfernt hatte, wie unklar sein Urteil über die Vorgänge in seinem Volke war, und wie gefährlich sein persönliches Eingreifen in die Politik werden konnte. Was seit Bismarcks Entlassung die treuesten Anhänger des Kaisertums erkannt, wovor sie ungehört lange Jahre hindurch gewarnt hatten, daß das persönliche Hervortreten des Herrschers auf allen Gebieten der Reichspolitik für die sachliche Führung der Geschäfte schädlich sei und das Ansehen der Krone untergrabe — dies wurde auf einen Schlag von der Volksgesamtheit anerkannt, und der allgemeine Unwille wandte sich gegen den Kaiser, gegen ihn allein, indem man die Pflichtwidrigkeit des Auswärtigen Amtes bald vergaß. Dies war ungerecht und unedel. Gewiß hatte der Kaiser einen schweren Fehler begangen — aber hatte er nicht vorher schon Vieles getan, was schädlich gewesen und trotzdem von der öffentlichen Meinung ohne nachhaltigen Widerstand hingenommen worden war? Jetzt vergaßen die Volksvertreter und die Wortführer der öffentlichen Meinung in der Presse ganz, daß der Reichstag durch sein Verhalten während zweier Jahrzehnte, daß der Großteil der Presse durch die unwürdige Verherrlichung der kaiserlichen Person den Zustand mitverschuldet hatten, und daß diese Entwicklung unmöglich gewesen wäre, wenn der Reichskanzler und die andern Berater der Krone ihre Pflicht getan hätten. Einer aber vergaß dies am meisten, der es am wenigsten vergessen durfte: Fürst Bülow. Er hatte über ein Jahrzehnt alle Fehler der Regierungsweise Kaiser Wilhelms II. miterlebt und war im Amte geblieben; er hatte es verstanden, sie abzuleugnen oder ins Harmlose umzudeuten — jedenfalls hatte er es nicht vermocht, die Art der Regierung zu ändern. Nun, als eine in diesem Maße und in dieser Zuspitzung auf die Person des Herrschers ungerechte Bewegung ausgebrochen war und den Thron umtobte, ließ er seinen Herrn im Stich. Statt ihn zu decken, wie es nach den Vorgängen seiner eigenen Kanzlerschaft seine Pflicht gewesen wäre, gab er den Kaiser dem Urteile des Reichstags preis und gefiel sich, indem er eine Mitteilung über seine Besprechung mit dem Herrscher vom 17. November 1908 veröffentlichte, in der Rolle eines Schützers der Verfassung gegenüber den Übergriffen der Krone. Dies war bequem und trug dem Fürsten Bülow den Beifall der Massen ein — aber es war ein schlimmer Bruch mit den besten Überlieferungen des hohen deutschen Beamtentums und eine Versündigung gegen die Person des Kaisers, wie gegen das Ansehen der Krone.

Der Kanzler blieb im Amte; das Vertrauen und die ihm vorher oft und unverdient bewiesene Zuneigung seines Herrn hatte er eingebüßt.

* * *

Im Dezember 1906 war es im Reichstag zu einem harten Zusammenstoß zwischen dem Leiter der Kolonialverwaltung, dem späteren Staatssekretär Dernburg, und dem Zentrum gekommen; in unsachlicher Verstimmung hierüber hatte das Zentrum zusammen mit der Sozialdemokratie eine Regierungsforderung abgelehnt, worauf der Reichstag aufgelöst wurde. Bei den im Januar 1907 vorgenommenen Wahlen hatten die Sozialdemokraten schwere Verluste, das Zentrum aber kehrte, wie es nicht anders zu erwarten war, ungeschwächt zurück. Gleichwohl beschloß der Reichskanzler, jede Zusammenarbeit mit dieser Partei, die bis dahin seine treueste und festeste Stütze gewesen war, und mit der er unbedenklich zusammengegangen war, zu vermeiden; da er eine Mehrheit brauchte, schuf er den Block, eine Parteizusammenstellung, in der die Gruppen der Rechten mit den Nationalliberalen und der bürgerlichen Demokratie zu einer künstlichen, man muß sagen, unnatürlichen Mehrheit vereinigt wurden. Dies Gebilde, das oft gefährdet war, ließ sich mit Mühe und Not an zwei Jahre aufrecht erhalten, zerbrach aber, als Abhilfe gegen die Geldnot des Reiches geschaffen werden mußte.

Die Reichsschuld war infolge der wachsenden Bedürfnisse des Reiches gegen Ende des Jahres 1907 auf über vier Milliarden Mark gestiegen; eine weitere Zunahme der Ausgaben stand bestimmt zu erwarten, kleinere Versuche, die Geldwirtschaft des Reiches zu ordnen, waren ohne merkbaren Erfolg gewesen. Es blieb nichts anderes übrig, als neue Geldquellen zu erschließen, und um das zuwege zu bringen und die Wirtschaft des Reiches zu ordnen, wurde im November 1908 die sog. „Reichsfinanz-Reform“ eingeleitet. Der Kanzler wollte sie mit dem „Block“ machen, stieß aber dabei auf große Schwierigkeiten, da die Anschauungen der verschiedenen im Block vereinigten Parteien über die in Frage kommenden neuen Steuern sich schroff gegenüber standen und schließlich als unvereinbar herausstellten. Fürst Bülow hätte eine Mehrheit haben können, wenn er sich entschlossen hätte, die von der Rechten und dem Zentrum angebotenen Steuern anzunehmen. Entsprechend der Haltung, die er seit der Reichstagsauflösung Ende 1906 dem Zentrum gegenüber eingenommen hatte, erklärte er sich außerstande, mit einer Mehrheit, bei der es mitwirkte, zusammenzuarbeiten. Bis Mitte 1909 zogen sich die höchst unerquicklichen Kämpfe im Reichstag hin; es kann auf die Einzelheiten hier nicht eingegangen werden und genügt die Feststellung, daß die Parteien der Rechten und des Zentrums in der „Finanzreform“ die Führung übernahmen. Fürst Bülow reichte am 26. Juni seine Entlassung ein; sie wurde nicht genehmigt, doch be-

teiligte er sich nicht mehr an den weiteren Verhandlungen. Am 10. Juli erfolgte die endgültige Annahme der Finanzreform; vierhundert Millionen Mark aus neuen Steuern stellte sie der Reichsverwaltung zur Verfügung, die damit in die Lage versetzt wurde, die Reichs-Geldwirtschaft zu ordnen. Vier Tage später schied der Kanzler aus seinen Ämtern, er sorgte für einen guten Abgang, indem er sich als ein Opfer des Zentrums und seiner eigenen Überzeugungstreue im Kampfe gegen diese Partei hinstellte; wie im Jahre vorher, im November 1908, gelang es ihm, den größten Teil der öffentlichen Meinung auf seine Seite zu bringen. Da das Frühjahr 1909 ihm den schon erwähnten Erfolg gebracht hatte, daß im serbisch-österreichischen Streite Russen, Franzosen und Engländer angesichts der entschlossenen Haltung des Deutschen Reiches einschwenkten und Serbien zum Nachgeben veranlaßten, war sein Ansehen auf dem Gebiete der äußeren Politik, das doch sehr Not gelitten hatte, wieder etwas gehoben; so wurde ihm das unverdiente Glück zuteil, mit dem Abglanze dieses letzten außerpolitischen Erfolges und mit der Dornenkrone des innerpolitischen Märtyrers von der politischen Bühne abtreten zu können.

Der fünfte Reichskanzler.

Zum Nachfolger des Fürsten Bülow wurde der bisherige Staatssekretär des Innern Theobald von Bethmann Hollweg ernannt, ein Mann, der sich in seiner bisherigen amtlichen Tätigkeit bewährt hatte und dem deshalb in seinem neuen Amte Vertrauen entgegengebracht wurde. Seinem Wesen nach von dem Vorgänger ganz verschieden, war der fünfte Reichskanzler eine Persönlichkeit von ausgebildetem Pflichtgefühl, von stetem Fleiße, umfassend gebildet, ernst in der Lebensauffassung. Alles Eigenschaften, die einen wertvollen Menschen machen können, die aber zum leitenden Staatsmanne nicht ausreichen; der muß die besondere politische Begabung besitzen, Menschen und Dinge, Bedürfnisse und Strömungen richtig einzuschätzen, Wesentliches vom Unwesentlichen, Echtes vom Gemachten, Augenblickliches vom Dauernden — alles politisch verstanden — zu unterscheiden; er muß mit dem eigenen Volke ganz eins sein, fremde Völker in ihren bestimmenden Anlagen kennen, die Unwägbarkeiten im Leben des eigenen Volkes und im Zusammenleben mit andern fühlen und ahnen; er muß die Kraft des Entschlusses besitzen und hart sein können — ein Mensch des Willens und der Tat. Diese besondern Eigenschaften, die zur staatsmännischen Arbeit im wahren Sinne, im Sinne einer leitenden Tätigkeit notwendig sind, fehlen dem fünften Kanzler — es fehlt ihm jeder politische Instinkt. Diese Mängel, die ihn für jede leitende Stelle unfähig machen, wurden gesteigert durch unerträgliche Überhebung, Rechtshaberei und Unnahbarkeit für seine politischen Gegner. So kam es, daß der fünfte Kanzler an jeder Aufgabe scheiterte, die er angriff, daß er, der